

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Rust und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 30

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3222, 11/3231 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Entwicklung der kostspieligen und kapitalintensiven Schnellen Brutreaktoren ist widersinnig, weil in der Bundesrepublik Deutschland derzeit große Energieeinsparpotentiale ebenso ungenutzt beileiben wie die arbeitsplatzintensiven Möglichkeiten für eine rationelle Energieverwendung. Mit der Orientierung auf weitere Atomkraftwerke werden darüber hinaus massenhaft Arbeitsplätze durch Verdrängung der Steinkohle aufs Spiel gesetzt.
2. Seitdem die Argumente für eine Fortentwicklung der Brütertechnik entfallen sind, ist auch in forschungspolitischer Hinsicht die Fertigstellung und Inbetriebnahme des (betriebswirtschaftlich unrentablen) Reaktors in Kalkar unsinnig.

Denn: Kalkar betreiben heißt langfristig auf Schnelle Brüter setzen. Wer jedoch die Schnellen Brüter und den Marsch in die Plutoniumwirtschaft nicht will, muß den SNR 300 in Kalkar stoppen.

Darüber hinaus hat sich der SNR 300 „eher als Entwicklungsprojekt erwiesen und nicht – wie einst geplant – als Demonstrationsanlage für eine alsbaldige kommerzielle Nutzung dieser Technologie“.

So folgt aus der Änderung des Kalkar-Reaktorkerns, daß der SNR 300 in Kalkar nicht brüten wird (vgl. Atomwirtschaft 4/85), womit ein zentrales Motiv für die öffentliche milliardenschwere Förderung des SNR 300 entfällt.

3. Der SNR 300 in Kalkar wäre bei Inbetriebnahme der einzige Reaktor in der Bundesrepublik Deutschland, der bei Überhitzung innerhalb weniger Sekunden atombombenähnlich

explodieren kann (sog. Bethe-Tait-Unfall). Bei einem solchen Unfall wären große Teile Nordrhein-Westfalens auf absehbare Zeit nicht mehr bewohnbar.

Weitere besondere Unfallrisiken ergeben sich aus der Tatsache, daß das Kühlmittel Natrium heftig bis explosiv reagiert, wenn es mit dem Luftsauerstoff oder mit Wasser in Berührung kommt.

4. Der SNR 300 in Kalkar wäre bei Inbetriebnahme der einzige Reaktor in der Bundesrepublik Deutschland, der in seinem Brutmantel jährlich 50 kg Plutonium von höchster Waffenqualität (95 % Pu 239) erzeugt.

Die Verwendung dieses Plutoniums für militärische Zwecke kann nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, zumal die Bundesregierung die Ausfuhr von Plutonium aus dem SNR 300 auch in Atomwaffenstaaten nach eigenem Bekunden für möglich hält (Drucksache 10/3157). Der mit der WAA und dem Schnellen Brüter verbundene Einstieg in die Plutoniumwirtschaft erhöht das Risiko von Plutoniumabzweigungen und vervielfältigt die Sachzwänge für den Überwachungsstaat und die Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte.

5. In finanzieller Hinsicht bleibt der SNR 300 auch weiterhin und auf absehbare Zeit ein Faß ohne Boden. Auch nach einer Inbetriebnahme bliebe der SNR 300 für die öffentliche Hand aufgrund der Beteiligung des Bundes am Betriebsrisiko ein unkalkulierbares finanzielles Abenteuer. Zu den Unabwägbarkeiten der Natriumtechnologie kommt der Umstand, daß schon heute eine Reihe von Anlageteilen des SNR 300 wegen jahrelanger Lagerung korrodiert ist. Allein der Baustopp in Kalkar würde das Milliardengrab SNR 300 schließen, die Abbruchkosten um ein Vielfaches reduzieren und der öffentlichen Hand weitere bereits absehbare Ausgaben in Milliardenhöhe für die Entsorgung des SNR 300 und die Entwicklung des Folgereaktors SNR 2 ersparen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. auf die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar zu verzichten und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die noch ausstehenden Bauarbeiten an diesem Reaktor unverzüglich und endgültig zu stoppen,
2. die Entwicklung der Schnell-Brüter-Technologie nicht weiterzuverfolgen und alle diesbezüglichen Forschungs- und Fördermittel zu streichen,
3. die Entwicklung aus dem Etat 1987 keine Finanzmittel mehr für den SNR 300 zu verausgaben.

Bonn, den 22. November 1988

Frau Rust

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion